

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/144

Bonn, den 2. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 P A U S E ! 44

Nach der Konferenz von Cierna nad Tisou

GLOSSE

2 APO in Ferien 35

Warum schweigt die Außerparlamentarische Opposition zu den kommunistischen Angriffen auf die Freiheit ?

3 - 4 Das Tempo der Judenverfolgung bestimmt der Führer... 78

...aber dem NPD-Gutmann ging es noch zu langsam  
Trotzdem ist er in Baden-Württemberg immer noch K&L

5 Mitbestimmung auch für Spaniens Arbeitnehmer? 43

Die Diskussion beginnt - Wenig Chancen  
Von unseren ED-1-Korrespondenten in Madrid

\* \* \*

PAUSE

Nach der Konferenz von Cierna nad Tisou

sp - Kaum sind die Gespräche zwischen den KP-Führungen der CSSR und der UdSSR in Cierna nad Tisou beendet und kaum wurde das den Umständen nach zu erwartende etwas sybellinisch klingende Kommuniqué veröffentlicht, da stürzten sich gleich wieder die Sowjetologen, Kreambologen und Hradschinologen aller Schattierungen in die gewagtesten Spekulationen über die Frage, wie es nun weiter gehen soll. Man wägt ab, wer der "Sieger" und wer der "Besiegte" ist und ergeht sich in Vermutungen darüber, welche "Niederlage" oder welchen "Sieg" der einen oder anderen Seite man demnächst zu erwarten habe.

- \* Wir meinen, daß jetzt erst einmal mit dieser Spekulationswut
- \* Schluß gemacht werden sollte. Denn: Was besonders die Tschechoslo-
- \* wakei jetzt braucht, ist Ruhe; nicht die Ruhe des Uninteressierten,
- \* sondern die Ruhe dessen, der einsieht, daß es n i e m a n d e m
- \* von Nutzen ist, wenn sich ein Ungebetener in eine Auseinander-
- \* setzung einmischt, bei der für die daran unmittelbar beteiligten
- \* Völker wie auch für deren Nachbarn unendlich viel abhängt.

Das Volk in der Tschechoslowakei hat trotz starker Pressionen, trotz heftiger Angriffe und trotz einer über Wochen sich hinziehenden Ungewißheit über sein zukünftiges Schicksal eine bewunderungswürdige Ruhe bewahrt. Dies ist schon eine Leistung für sich, die allgemeine Anerkennung finden sollte. Wer auch nur etwas von den Spannungen weiß, die in den vergangenen Wochen und Monaten das Verhältnis der kommunistischen Parteien untereinander belasteten, dem ist auch bewußt, was hätte geschehen können, wenn die Führung der kommunistischen Partei der CSSR oder das Volk in der Tschechoslowakei Fehler begangen hätten.

Wir versagen uns deshalb auch tiefgründige Erörterungen darüber, anzustellen, ob die demnächst stattfindende Konferenz der kommunistischen Parteien der CSSR, Ostberlins, Polens, Ungarns und Bulgariens unter Druck der Sowjets zustandegekommen ist oder nicht. Wir glauben auch nicht, daß sogenannte Motivforschungen für die eine oder andere demnächst in der Tschechoslowakei eintretende Entwicklung irgendjemandem helfen würde.

Aber unabhängig von allen diesen Überlegungen dürfen wir wohl sagen, daß eine Zäsur in den Beziehungen der kommunistischen Parteien zueinander stattgefunden hat, nach der nicht nur die dem Ostblock angehörenden kommunistischen Parteien, sondern auch die der westlichen Welt in Bewegung geraten dürften. Das Denken in diesen Parteien und deren Betrachtungsweise ihrer Umwelt im nationalen und internationalen Maßstab werden nicht mehr die gleichen sein wie noch vor wenigen Wochen.

Im Grunde genommen ist das alles ein Spiegelbild des großen Umdenkens, das auch in der westlichen Welt in mancher Beziehung in Gang gekommen ist.

GLOSSE

APO in Ferien  
-----

Warum schweigt die Außerparlamentarische Opposition  
zu den kommunistischen Angriffen auf die Freiheit?

ep - Die APO (Außerparlamentarische Opposition) in der Bundesrepublik scheint Ferien zu machen. Man hört und sieht nichts von ihr, trotzdem es sehr viele Anlässe gäbe, zu denen sie etwas sagen könnte. Zum Beispiel:

- \* Wo blieb die Stimme der APC zu der primitiven Hetzkampagne, die Ostberlin seit Wochen gegen Prag führt?
- \* Wo blieb der Protest dagegen, daß Ostberlin den von der Bundesrepublik ermöglichten Zeitungsaustausch blockiert und wahrscheinlich sogar verhindert?
- \* Wo waren die "Linken", als die Ostberliner Regierung den Paßzwang für Reisen nach der DDR einführte?

Man könnte die Liste der Protestgelegenheiten beliebig verlängern. Die APC schweigt. Entweder hat sie keinen Atem mehr, oder sie ist auf einem Auge blind und auf zwei Ohren taub.

Dem Vernehmen nach hat kürzlich eine SDS-Gruppe versucht, eine Protestaktion dagegen zu starten, daß man jungen Menschen aus der Tschechoslowakei den Grenzübertritt nach Bulgarien zur Teilnahme am Weltjugendfestival in Sofia verweigerte. Mangels Masse und mangels Interesse wurde auf die Protestaktion verzichtet. Die APO ließ die Jungen und Mädels aus der Tschechoslowakei in Stich.

In einigen Universitätsstädten der Bundesrepublik flüstert man sich hinter vorgehaltener Hand zu, im Herbst, also nach Semesterbeginn, werde es wieder losgehen. Jetzt könne man nicht viel machen, weil "die aktivsten Elemente" in Urlaub gefahren seien. Es mag sein, daß diese Begründung für das Schweigen der APO angesichts der eklatanten Angriffe kommunistischer Machthaber auf die Freiheit zutreffend ist und daß man etwas später mit frischen Kräften wieder an die Außerparlamentarische Oppositionsarbeit geht.

Deshalb ein Vorschlag zur Güte: Revolutionär ist man in Zukunft nur, wenn nicht gerade Ferien sind. Ungerechtigkeiten und Angriffe auf die Freiheit werden übersehen, solange man schwimmen gehen kann. Während dieser Zeit wird eine "APO vom Dienst" eingerichtet, die so tut, als könnte der revolutionäre Elan niemals gebremst werden.

Wir spotten nicht. Ein großer Denker hat einmal gesagt, in Deutschland brauche man eine Fahrkarte, um den Bahnsteig betreten zu können, auf dem der Zug der Revolution abfährt...

Das Tempo der Judenverfolgung bestimmt der Führer...

...aber dem NPD-Gutmann ging es noch zu langsam

Trotzdem ist er in Baden-Württemberg immer noch M&L

Wird Baden-Württembergs NPD ihren bisherigen Landesvorsitzenden Wilhelm Gutmann ganz aus der vordersten Linie zurückziehen müssen? Unlängst des Landesvorsitzes seiner Partei beraubt, versieht er jetzt noch das Amt des Vorsitzenden der EPD-Landtagsfraktion. Sollte bei seiner Abwahl aus dem Parteiamt die Erwartung Pate gestanden haben, die schweren Vorwürfe gegen Gutmanns Verhalten aus der NS-Zeit würden verstummen, so dürfte die jüngste Entwicklung die Baden-Württemberger Parteifreunde Gutmanns eines besseren belehrt haben. Nachdem bereits die Baden-Württembergische Justiz Gutmann vor allem wegen seiner antisemitischen Ausfälle schwer belastet hatte, gelangten jetzt über das Stuttgarter Hauptstaatsarchiv Akten aus dem Koblenzer Bundesarchiv an die Öffentlichkeit, die erneut ein grelles Licht auf Gutmanns NS-Tätigkeit werfen. Akten-Auszüge erschienen in der "Stuttgarter Zeitung".

Gutmann, NSDAP-Mitglied seit Januar 1932, wurde am 7. Januar 1935 Bürgermeister der südbadischen Gemeinde Tiengen. Im Mai 1937 wurde er außerdem Ortsgruppenleiter. Frühzeitig wurde ihm offenbar die Drangsalierung der jüdischen Bevölkerung Tiengens zum besonderen Anliegen. In den Straßen erschienen hölzerne Tafeln, mit Hakenkreuz und rustikalen Blumenmustern bepinselt, und Gutmann höchstselbst griff zur Dichtfeder, um "im Jahre III der nationalen Erhebung/1935" die Tafeln mit Verslein etwa der folgenden Machart zu versehen:

- \* "In Tiengen sieht man Fremde gern, doch der Jude bleibe fern.
- \* Denn merk dir Jud', was dich auch treibt,
- \* daß Tiengen deutsch war, ist und bleibt."

In einem Schreiben, das diesen seinen Einfall rühmte, vergaß Gutmann nicht den Hinweis, daß die "Wegweiser, Orts- und Gedenktafeln von heimischen Handwerkern geschaffen worden seien und eine gute Arbeitsbeschaffungsmaßnahme geboten" hätten.

1935 griff Gutmann erneut in amtlicher Eigenschaft zur Feder und entwarf eine neue Gemeindefassung. Die sah vor:

1. Juden und Judenstämmigen ist der Zuzug nach Tiengen untersagt.
2. Juden und Judenstämme können auf Gemarkung Tiengen keinen Grund- und Hausbesitz neu erwerben.

3. Juden und Judenstämme, sowie deren Strohmann (!) ist das Betreten und Beschicken der Märkte in Tiengen nicht gestattet.
4. Juden und Judenstämme sind von der Teilnahme an Versteigerungen, Verpachtungen und Vermietungen, sowie der Benützung gemeindlichen Eigentums und gemeindlicher Einrichtungen einschließlich Bürgergenuß ausgeschlossen.
5. Bürger und Einwohner von Tiengen, die mit Juden geschäftliche und andere Beziehungen pflegen, werden von allen Lieferungen und Aufträgen der Gemeinde ausgeschlossen. Ferner werden deren Gesuche um Ermäßigung von Steuern und Abgaben nicht behandelt.
6. Aufträge der Gemeinde dürfen nur an Mitglieder der Partei, einer Parteigliederung oder Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront gegeben werden.
7. Unterstützungsempfängern, die bei Juden kaufen, kann die Unterstützung entzogen werden.
8. Beamte, Angestellte und Arbeiter der Gemeinde, die bei Juden kaufen oder Beziehungen zu solchen pflegen, können aus dem Dienst entlassen werden.
9. Diese Satzung kann auch auf andere von den maßgebenden Parteistellen als Volksfeinde gekennzeichnete Kreise angewendet werden."

Das war zum damaligen Zeitpunkt selbst dem Bezirksamt Waldshut als zuständiger Staatsaufsichtsbehörde zuviel, denn soweit war die NS-Gesetzgebung noch nicht gediehen. Das Bezirksamt lehnte ab. Brieflich beklagte sich Gutmann bei der badischen Landesdienststelle des Deutschen Gemeindetages:

- \* "Die Sache ist für Tiengen deshalb sehr wichtig, weil hier eine
- \* beträchtliche Anzahl jüdischer Geschäftsleute sitzt und Tiengen
- \* als "Judenest" verschrien war. Vor längerer Zeit habe ich
- \* schon Maßnahmen gegen diese Auffassung getroffen. So zum Bei-
- \* spiel unser neues Schwimmbad sofort für Juden gesperrt, Orts-
- \* tafeln angebracht usw."

Doch dem Eiferer wurde am 18. September 1935 abschlägiger Bescheid: "Durch unbesonnene Schritte und Einzelaktionen wird die Judenfrage nicht gelöst... Reichsminister Dr. Frick hat vor kurzem wieder darauf hingewiesen, daß... das Tempo... nicht vom einzelnen bestimmt wird, sondern vom Führer und den von ihm eingesetzten Männern..., die... von Fall zu Fall zu entscheiden haben, wann wieder ein Schritt vorwärts gemacht werden kann..."

Es wurden noch viele "Schritte vorwärts" gemacht, und Gutmann nahm, wie Veröffentlichungen der baden-württembergischen Justiz ausweisen, am späteren Geschehen regsten Anteil.

U. E.

+ + +

Mitbestimmung auch für Spaniens Arbeitnehmer?  
-----

Die Diskussion beginnt - Wenig Chancen

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Was in Deutschland als "Mitbestimmung" gefordert wird und in Frankreich als "Participation" geplant ist, wirkt auch nach Spanien. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben, bisher ein Tabu, wird plötzlich brandaktuell. Seitdem vor einigen Monaten der Staatssekretär im Informationsministerium, Pio Cabanillas, mit einem akademischen Vortrag den Startschuß zur Diskussion um die Mitbestimmung gab, ist dieses Thema nicht mehr von der politischen Tagesordnung verschwunden.

Mehr noch als in anderen Ländern Europas zeigt sich in Spanien, dessen Regierung 1968 als ein "besonders kritisches Jahr" ansieht, die Notwendigkeit, die bestehenden Strukturen des von rebellischen Arbeitern und aufbegehrenden nationalen Minderheiten - Basken wie Katalanen - angefeindeten 29 Jahre alten "Establishments" in eine ungewisse Zukunft hinüberzuretten.

In ihrer Forderung nach "Reform der kapitalistischen Unternehmensstruktur" und Mitbestimmung der Arbeitnehmer glaubt eine Gruppe von 18 Abgeordneten des Madrider Ständeparlaments, Monarchisten wie Falangisten, den Schlüssel zur Bewahrung der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse gefunden zu haben. Freilich werden sich die im Geiste des 19. Jahrhunderts geformten Großunternehmer gegen diese Reformen wenden, und sicherlich wird die Mitbestimmung, wenn sie überhaupt über die parlamentarischen Hürden geht, empfindlich verwässert. Doch eine Verbesserung des Arbeitsklimas kann auf die Dauer nur durch grundlegende Reformen erzielt werden, zu denen jetzt auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer gerechnet wird.

Einer der Befürworter dieser Mitbestimmung, der falangistische Abgeordnete Jaime Campmany, der auch durch seine exponierte Stellung im Nationalrat der Falange-"Bewegung" und als Leiter einer Nachrichtenagentur über großen Einfluß verfügt, traf wohl angesichts der jüngsten Streiks (Hafenarbeiter in Barcelona, Fasa-Renault-Werke in Sevilla) den Nagel auf den Kopf, als er sein Konzept verteidigte und sagte, die Verzögerung der Mitbestimmung sei "politisch gefährlich."

Von der Mitbestimmung wird nicht viel übrig bleiben, fürchten die Pessimisten. Sie verweisen auf den Einfluß der Unternehmer- und Banklobby, die eine radikale Bankenreform erfolgreich neutralisierte und erreichte, daß jedes Aufsichtsratsmitglied noch acht dieser Posten bekleiden kann - im Vorschlag der Berichterstattung ("ponencia") waren als Regelfall vier Sitze vorgesehen, im Ausnahmefall eine Häufung von acht Aufsichtsratsmandaten gestattet. Die Geld-Magnaten Spaniens - sie beherrschen auch die mächtigen Privatbanken - wollen von einer Mitbestimmung nichts wissen. Sie werden sich auch politischen Notwendigkeiten verschließen können und - sie sitzen am längeren Hebel.